



An die Sprecherrunde

Arnold Vaatz MdB
Sprecher der
ostdeutschen Abgeordneten

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-74824
F 030. 227-76582

arnold.vaatz@bundestag.de

Wahlkreisbüro

An der Kreuzkirche 6
01067 Dresden

T 0351/21359842
F 0351/21359844

Ein Schlussstrich wird nicht gezogen

Gegen die Absicht, die Stasiakten in die Regie des Bundesarchivs zu überführen, gibt es massive Kritik. Die Sorge ist verständlich, dass sich damit der Aktenzugang erschweren könnte. Ich teile diese Sorge jedoch auf keine Weise. Das Bundesarchiv hat erklärt, den Aktenzugang uneingeschränkt, ebenso schnell und in mindestens gleichbleibender Qualität zu gewährleisten. Das archivarische Knowhow des Bundesarchivs als Institution ist über jeden Zweifel erhaben und bezüglich der bisherigen Tätigkeit dieses Archivs gab es kaum Anlass zur Kritik.

Anlass zur Kritik an der Stasiunterlagenbehörde gab es jedoch immer wieder. Zunächst funktionierte Joachim Gauck im größeren Stil Stasileute zu Mitarbeitern der Behörde um. Sie durften den Einsichtsinteressierten ihre Aktenpakete vorbereiten und auf die Tische legen. Ein feines Gefühl für Betroffene! Die Begründung, dass ohne deren Insiderwissen eine schnelle Erschließung des Aktenbestandes kaum möglich gewesen wäre, klang jedoch noch plausibel. Keinerlei Grund gab es jedoch, die Anstellung dieser Leute nach mehreren Jahren einfach zu entfristen und ihnen zu einer Zeit, als die Opfer der Stasi mit ihren gebrochenen Erwerbsbiografien kämpften, Lebenszeitanstellungen zu verschaffen. Im März 2011 trat Roland Jahn dieses Erbe von Joachim Gauck und Marianne Birthler an. In seiner Antrittsrede dachte er laut darüber nach, die Zusammenarbeit mit ehemaligen Stasileuten auf sozialverträgliche Art zu beenden. Daraufhin brach über ihn ein Scherbengericht des Juste Milieus herein, dass man den Eindruck hatte, der Sturz des eben gewählten neuen Chefs stünde unmittelbar bevor: Die linke Fraktion der Aufarbeitungscommunity schützte die ehemaligen Stasileute in der Behörde mit einer Entscheidung, von der die Opfer der Stasi nur träumen konnten.

Die Unterlagenbehörde war letztlich unter anderem deshalb entstanden, um den Opfern der Stasi Gerechtigkeit zu verschaffen und ihnen die Aufklärung dessen zu ermöglichen, was die DDR hinter ihren Rücken und ohne ihr Wissen unternommen hatte, um sie zu beeinflussen, anzugreifen, auszuforschen oder gar ihre Existenz zu zerstören. Es dauerte keine 10 Jahre, bis sich dieser Auftrag erstmalig unter ihren

Leitern Gauck und Birthler ins Gegenteil verkehrte. Als im Zuge der CDU-Parteispendenaffäre der Terroristenanwalt Ströbele den Wunsch äußerte, die Stasi-Abhörprotokolle des Telefons von Helmut Kohl zu nutzen, um ihn ungesetzlicher Handlungen zu überführen, überboten sich erst Gauck und dann Birthler im Eifer, ihm zu Willen zu sein. Kohl wehrte sich gerichtlich und bekam Recht. Ohne die Verstöße Helmut Kohls gegen das Parteiengesetz im Nachhinein irgendwie zu rechtfertigen oder beschönigen zu wollen, ist doch völlig klar, dass er nicht Täter, sondern Opfer der Auspähung durch die Stasi war und gegen ihn das Werk der Stasi fortgesetzt werden sollte. Der Gesetzgeber hatte übrigens die Verwendung von Stasi-Informationen zur Verbrechensaufklärung abgewogen und diese Möglichkeit auch eröffnet. Jedoch nur für Kapitalverbrechen in einer Größenordnung von Völkermord oder Auslösung eines Atomkriegs. Der Verstoß gegen das Parteiengesetz zählte nicht darunter. Das geflügelte Wort vom „Kampf gegen rechts“ gab es damals noch nicht. Das Feindbild des Juste Milieus hieß Helmut Kohl. Und die für tagespolitische Auseinandersetzungen im wiedervereinigten Deutschland überhaupt nicht zuständige Behörde mischte sich mit Munition aus dem Magazin der Stasi bei erster Gelegenheit ein, um sich bei linken Kreisen anzubiedern.

Um die gleiche Zeit wurde offenbar, dass die Behörde auch noch eine weitere wichtige Aufgabe wahrnahm, die nicht in ihren Statuten stand: Die Verstrickungen der „progressiven Kräfte“ Westdeutschlands in die Machenschaften der Stasi unter dem Teppich zu halten: Als Hubertus Knabe mit seinem Buch „Die unterwanderte Republik“ dieses Tabu unterlief, flog er aus der Behörde. Es ist mir deshalb komplett unverständlich, wie der von mir überaus geschätzte Hubertus Knabe sich derart vehement gegen eine dringend notwendige strukturelle Veränderung der Behörde wenden kann. Die Behauptung, unter die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit solle ein Schlussstrich gezogen werden, ist schon dadurch widerlegt, dass dieses Gesetz eingebettet ist in eine Entfristung der Rehabilitierungsgesetze und der Regelüberprüfung bis 2030. Die Kollegen meiner Fraktion aus Ostdeutschland stemmen sich seit Jahren allen Versuchen, die DDR-Geschichte zu verharmlosen, vehement entgegen. Dies ist gegen die Interessenvertreter der Täter und die zahlreichen Versuche, die DDR-Geschichte zu relativieren und zu beschönigen, von Jahr zu Jahr schwerer und verdient Anerkennung und Unterstützung. Uns oder gar den äußerst verdienstvollen Behördenleiter Roland Jahn eine Schlussstrich-Absicht zu unterstellen, ist unangebracht, unfair und ehrenrührig. Der Schlussstrich wird nicht gezogen, sondern abgeschafft.